



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

Abiturprüfung an den allgemein bildenden Gymnasien

Nachtermin **2019**

Prüfungsfach: **Gemeinschaftskunde**

Bearbeitungszeit: 270 Minuten einschließlich Auswahlzeit

Hilfsmittel: Nachschlagewerke zur deutschen Rechtschreibung,
eine unkommentierte Ausgabe des Grundgesetzes,
Rechenhilfen (WTR)

Hinweise: Sie erhalten **zwei** Aufgaben.

Wählen Sie davon **eine** Aufgabe aus und bearbeiten Sie diese.

Vermerken Sie auf der Reinschrift, welche Aufgabe Sie bearbeitet haben.

Sie sind verpflichtet, die Vollständigkeit der vorgelegten Aufgaben vor Bearbeitungsbeginn (auf Anzahl der Blätter, Anlagen usw.) zu überprüfen.

Lösungen auf den Aufgabenblättern werden nicht gewertet.



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

Abiturprüfung an den allgemein bildenden Gymnasien

Prüfungsfach: Gemeinschaftskunde

Aufgabe I

Nachtermin 2019

Blatt 1 von 6

Leitthema: Soziale Ungleichheit in Deutschland – Ist eine Reform des Sozialstaats nötig?

Aufgaben:

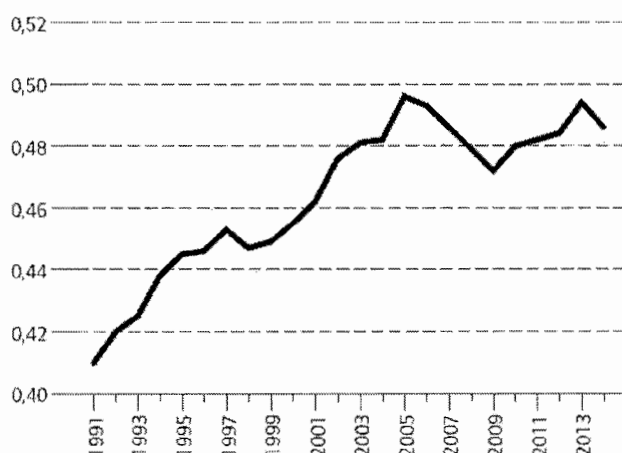
Höchstzahl der erreichbaren
Verrechnungspunkte

- | | | |
|----|---|--------------|
| 1. | Charakterisieren Sie anhand von M 2a bis M 2d die soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland. | 14 VP |
| 2. | Stellen Sie einen Ansatz zur Beschreibung der Sozialstruktur in der Bundesrepublik Deutschland dar. | 10 VP |
| 3. | Die Autoren von M 3 und M 4 beschäftigen sich mit sozialer Ungleichheit.
Vergleichen Sie deren Positionen. | 16 VP |
| 4. | Bewerten Sie einen Ansatz zur Reform des Sozialstaates im Hinblick auf die soziale Ungleichheit in Deutschland. | 20 VP |
| | | <hr/> |
| | | 60 VP |

Materialien:

M 1 Grundgesetz

M 2 a) Ungleichheit der Haushaltsmarkteinkommen¹ in Deutschland (Gini-Koeffizient²)

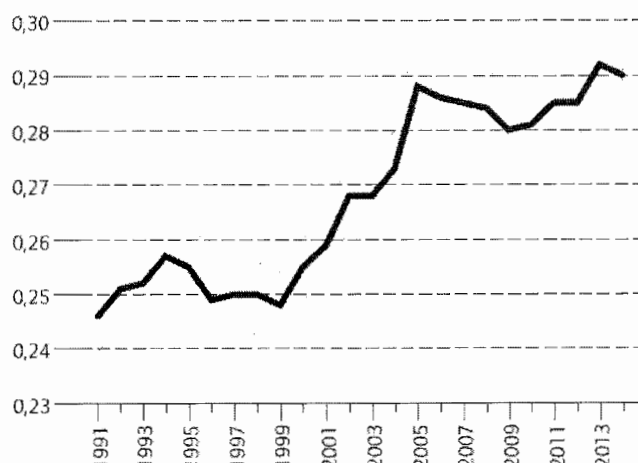


[DIW-Wochenbericht 4/2017, S. 77]

¹ Die Markteinkommen entsprechen der Summe von Kapital- und Erwerbseinkommen vor Abzug von Steuern und Sozialleistungen.

² Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Standardmaß zur Messung der Ungleichheit einer Verteilung. Er kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je höher der Wert, desto stärker ausgeprägt ist die gemessene Ungleichheit.

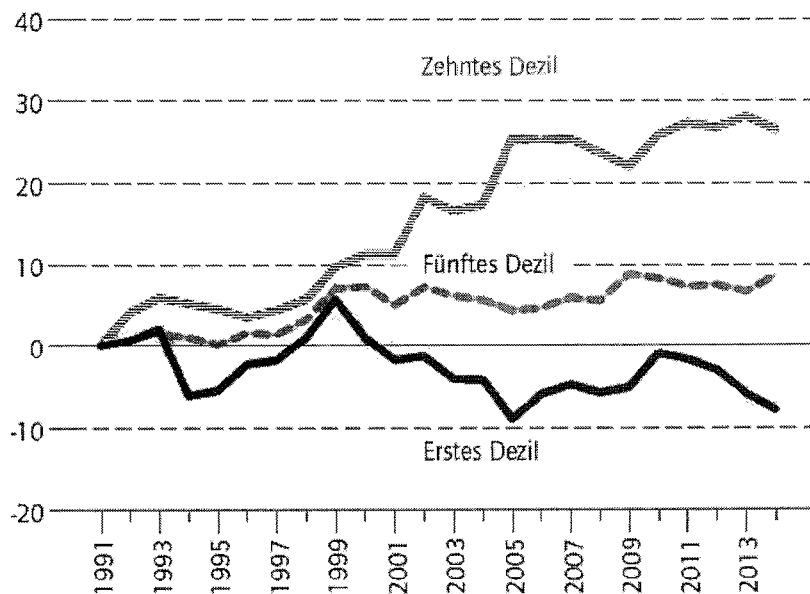
M 2 b) Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen³ in Deutschland (Gini-Koeffizient)



[DIW-Wochenbericht 4/2017, S. 78]

³ Die verfügbaren Haushaltseinkommen bestehen aus den Markteinkommen, gesetzlichen Renten und Pensionen sowie staatlichen Transferleistungen wie Kindergeld, Wohngeld und Arbeitslosengeld, abzüglich direkter Steuern und Sozialabgaben.

- M 2 c) Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nach Dezilen⁴
(Veränderungen in Prozent, 1991 = 100)



[DIW-Wochenbericht 4/2017, S. 75]

⁴ Hinweis: Sortiert man die Bevölkerung nach der Höhe des Einkommens und teilt diese in zehn gleich große Gruppen auf, so erhält man Dezile. Das erste (zehnte) Dezil gibt die Einkommenssituation der ärmsten (reichsten) zehn Prozent der Bevölkerung an.

- M 2 d) Verteilung der Steuern auf die Einkommensdezile
(Anteile in Prozent nach Einkommensdezilen im Jahr 2017)

	Einkommen- steuer und Solidaritäts- zuschlag	Mehrwert- steuer und Versicherung- steuer	Steuern gesamt	Haushalts- brutto- einkommen ⁵	Anteil der Sozialtrans- fers am Brut- toeinkommen
1. Dezil	0,0	5,5	2,0	2,8	43,8
2. Dezil	0,3	6,8	2,6	4,4	16,5
3. Dezil	1,0	7,9	3,5	5,5	9,1
4. Dezil	2,0	8,4	4,3	6,5	6,0
5. Dezil	3,5	9,1	5,5	7,3	4,8
6. Dezil	5,6	9,6	7,1	8,6	3,9
7. Dezil	8,4	10,4	9,1	10,1	3,8
8. Dezil	12,2	11,5	12,0	12,1	2,8
9. Dezil	18,7	13,3	16,8	15,4	1,7
10. Dezil	48,2	17,5	37,2	27,3	0,9

[Institut der deutschen Wirtschaft Köln, IW-Trends 1/2017, S. 109]

⁵ Die Haushaltsbruttoeinkommen enthalten Bruttolöhne und Gewinneinkommen sowie Pensionen, Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und sämtliche Sozialtransfers.

M 3 Marcel Fratzscher, Man muss nicht nehmen, um zu geben

Soziale Ungleichheit ist zur zentralen Frage des politischen Wettstreits geworden. Zu kaum einem anderen Thema gehen die Meinungen momentan so weit auseinander: Der Kampf um Verteilungsfragen wird wieder intensiv geführt. Das eine Lager will die sozial Schwächsten stärken, das andere die Leistungsträger belohnen. Die Zerwürfnisse verlaufen dabei auch innerhalb der Parteien und scheinen unüberbrückbar. Beide Seiten sind jedoch auf dem Irrweg. Und das, obwohl gemeinsame Lösungen leicht erreichbar wären.

Vor allem an den politischen Rändern, also links, aber auch rechts, vertritt man die Auffassung, dass die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen zutiefst ungerecht ist. Hier fordert man mehr Umverteilung, vor allem durch höhere Steuern und mehr Transferleistungen für einkommensschwache Menschen. Die andere Seite – eher in der Mitte des politischen Spektrums angesiedelt – hält dagegen die Ungleichheit in Deutschland für nicht zu hoch oder für zu ungerecht. Sie will daher nicht mehr Umverteilung, sondern versteht den deutschen Sozialstaat als stark und leistungsfähig genug, um eine soziale Absicherung zu gewährleisten.

Beide Seiten liegen falsch. Die soziale Ungleichheit in Deutschland ist in der Tat zu hoch. Jedoch nicht, weil es zwingend ungerecht zugeht. Über Gerechtigkeit lässt sich ohnehin trefflich streiten. Nicht aber darüber, dass Ungleichheit einen signifikanten wirtschaftlichen und sozialen Schaden verursacht, da viele Menschen sich nicht ausreichend in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft einbringen können. Gleichzeitig liegt die Lösung des Problems nicht in mehr Umverteilung über Steuern und Transfers. Denn der wichtigste Grund für die auch im internationalen Vergleich hohe Ungleichheit der Vermögen und Markteinkommen in Deutschland besteht eben nicht darin, dass der Sozialstaat zu klein oder ineffizient wäre. Die zentrale Ursache ist die geringe Chancengleichheit und soziale Mobilität in Deutschland. In kaum einem Land sind die Bildungs-, Arbeits- und Einkommenschancen so stark von der sozialen Herkunft abhängig.

Dies bedeutet, dass zu wenige Menschen die Möglichkeit erhalten, ihre Talente und Fähigkeiten durch eine gute Bildung und Ausbildung im Arbeitsmarkt ausreichend zu nutzen. Dadurch werden nicht nur diesen Menschen viele Chancen genommen, es entsteht auch ein Schaden für die gesamte Gesellschaft. Die Ursachen sind vielfältig und komplex, hängen aber vor allem mit einem Bildungssystem zusammen, das zu undurchlässig ist und diejenigen Kinder und Jugendlichen zu wenig fördert, die am meisten auf Hilfe angewiesen sind.

Deshalb kann (mehr) Umverteilung über Steuern und Transfers nie die Lösung des Ungleichheitsproblems in Deutschland sein: (mehr) Verteilungsgerechtigkeit wird nie die fehlende Chancengleichheit kompensieren können. Einem 35-jährigen Hartz-IV-Empfänger ist nicht in erster Linie durch einen Anstieg der Bezüge geholfen. Vielmehr bräuchte er reale Integrationschancen auf dem Arbeitsmarkt, zum Beispiel über eine passende und zielgerichtete Weiterbildung. Er wird in den meisten Fällen zu Recht mehr Chancen und nicht mehr Transferleistungen einfordern. Auch einer alleinerziehenden Mutter oder einem Vater ist nicht alleine durch mehr Geld geholfen, sondern vor allem durch eine deutlich bessere Qualität der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur.

Der Sozialstaat kommt zunehmend an seine Grenzen, wenn viele Menschen immer stärker auf seine Leistungen angewiesen sind. In vielen Teilen Deutschlands besteht bei jedem dritten Haushalt mindestens die Hälfte des Einkommens aus staatlichen Leistungen. Es steigt die Gefahr, in einen Teufelskreis zu geraten, wenn der Sozialstaat diese Bedürfnisse immer schlechter befriedigen kann. Oder anders ausgedrückt: Ist die Chancengleichheit zu gering, wird der Sozialstaat geschwächt, was wiederum die Verteilungsgerechtigkeit weiter sinken lässt. Ein starker und leistungsfähiger Sozialstaat hingegen ist einer, von dem nicht allzu viele Menschen abhängig sind, so dass er diejenigen besser erreichen kann, die auf seine Leistungen angewiesen sind.

[Zeit Online vom 31.03.2017 (www.zeit.de/... Stand: 27.07.2018)]

M 4 Tony Atkinson, „Eine zivilisierte Gesellschaft braucht hohe Steuern.“

FAZ: Herr Atkinson, den Menschen in Deutschland geht es gut. Warum sollten sie sich Gedanken über Ungleichheit machen?

Atkinson: Die Ungleichheit wächst in letzter Zeit auch in Deutschland. Das ist besorgniserregend. Wenn es zu viel Ungleichheit in einer Gesellschaft gibt, hat das irgendwann Folgen für den wirtschaftlichen Erfolg. Sogar die IWF-Chefin Christine Lagarde macht sich mittlerweile Sorgen, dass Ungleichheit das Wachstum mindert. Außerdem sinkt die Lebenserwartung, und Probleme wie Fettleibigkeit nehmen zu, wenn eine Gesellschaft ungleicher wird.

Und außerdem?

Es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Wollen Sie wirklich in einem Land leben, in dem sich einige Leute Tickets für Reisen ins Weltall leisten können, während andere ihr Essen von der Suppenküche beziehen müssen, obwohl sie Arbeit haben? Außerdem legen mittlerweile die meisten Leute Wert auf Chancengleichheit.

Aber selbst wenn alle am Anfang die gleichen Chancen haben, machen sie doch nicht alle das Gleiche daraus.

Ich habe auch gar nichts dagegen, wenn jemand einen neuen Impfstoff erfindet und dafür gut bezahlt wird. Ungleichheit zu bekämpfen bedeutet nicht, alle Unterschiede zwischen den Leuten abzuschaffen. Aber in unseren Gesellschaften haben die Menschen im Moment nicht einmal annähernd gleiche Chancen, einen Impfstoff zu erfinden. In einer ungleichen Gesellschaft gibt es auch keine Chancengleichheit.

Warum hat die Ungleichheit zugenommen?

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben viele europäische Länder erfolgreich Maßnahmen ergriffen, um die Ungleichheit zu reduzieren. Das wurde in den letzten Jahren zurückgedreht.

Welche Maßnahmen meinen Sie?

Zum Beispiel hat man progressive Einkommen- und Erbschaftsteuern eingeführt, um die Konzentration von Vermögen zu reduzieren. Außerdem gab es durch den Ausbau des Sozialstaats sehr effektive Transferleistungen, die armen Menschen zugutekamen. Die Spitzensteuersätze sind heute viel niedriger als vor 30 Jahren, Sozialleistungen werden in vielen Ländern gekürzt.

Also hat Thomas Piketty recht: rauf mit den Steuern für die ganz Reichen – und das Geld verteilen?

- 30 Ganz so einfach ist es nicht. Piketty interessiert sich sehr für die Superreichen. In der Debatte um sein Buch geht es vor allem um die Frage, wie man ihnen am besten Geld abknöpfen kann. Weniger darum, wie man Menschen am unteren Rand helfen kann. Das halte ich für falsch.

Es ist also kein Problem, wenn ein paar wenige Menschen Milliarden horten?

- 35 Das würde ich nicht sagen. Der Anteil, den die oberste Schicht an Einkommen und Vermögen hält, hat in den vergangenen Jahren enorm zugenommen. Bis vor kurzem galt: Man muss die Superreichen gar nicht beachten, weil es so wenige sind. Heute sind sie schon deswegen wichtig, weil ihre Besteuerung mehr Einnahmen verspricht.

Die Superreichen sind nur wichtig, weil man ihr Vermögen umverteilen kann?

- 40 Zumindest im angloamerikanischen Raum nehmen sie auch gefährlich viel Einfluss auf die Politik. Es ist schlecht für die Demokratie, wenn Leute mit ihrem Geld eine politische Agenda verfolgen - meist ohne dass die Öffentlichkeit etwas davon mitbekommt. Aber es ist nicht das größte Problem der Ungleichheit.

Was dann?

- 45 Die schlimmste Folge von Ungleichheit ist Armut – und die gesellschaftliche Marginalisierung armer Menschen. Dagegen wird zu wenig getan. Außerdem glaube ich, dass in allen wichtigen politischen Fragen unserer Zeit die Ungleichheit zwischen den Generationen eine Rolle spielt: von der Bekämpfung des Klimawandels über den Schuldenabbau bis zu den Pensionslasten in westlichen Gesellschaften. Und die nach wie vor bestehenden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern kommen bei Piketty nicht mal am Rande vor.

Das sind teilweise sehr moderne Probleme. Meinen Sie wirklich, die kann man mit den Mitteln von vorgestern lösen – hohe Steuern, mehr Sozialleistungen?

- 50 Ich halte es für notwendig, dass das Steuersystem wieder progressiver gestaltet wird. Aber natürlich muss man dabei beachten, dass sich die Welt verändert hat.

Inwiefern?

- 55 Nun, der Arbeitsmarkt zum Beispiel. Da gibt es eine merkwürdige Rückwärtsbewegung. Der heutige Arbeitsmarkt mit seinen Teilzeitmodellen und Selbständigen ähnelt viel mehr dem 19. als dem 20. Jahrhundert. In den siebziger Jahren hatte man entweder Arbeit oder nicht, dazwischen gab es nichts. Heute gibt es dazwischen sehr viel.

Was heißt das fürs Sozialsystem?

- 60 Wir sollten zum Beispiel darüber nachdenken, die Altersversorgung viel stärker als heute von der Arbeit zu entkoppeln. Etwa, indem wir Pflege und Kindererziehung stärker honorieren. Auch die Arbeitslosenversicherung sollte umgestaltet werden. Es ist zum Beispiel denkbar, dass sich Menschen teilzeitarbeitslos melden können – wenn sie gerne Vollzeit arbeiten würden, aber nur eine Teilzeitstelle finden.

[Interview mit der FAZ (www.faz.net.de/...vom 06.04.2015. Stand: 27.07.2018)]



Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

Abiturprüfung an den allgemein bildenden Gymnasien

Prüfungsfach: Gemeinschaftskunde

Aufgabe II

Nachtermin 2019

Blatt 1 von 5

Leitthema: Sind nationale Alleingänge geeignet, um Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen?

Aufgaben:

Höchstzahl der erreichbaren
Verrechnungspunkte

- | | | |
|----|---|--------------|
| 1. | Charakterisieren Sie anhand von M 2a bis M 2d aktuelle globale Herausforderungen. | 16 VP |
| 2. | Ordnen Sie die in M 3 dargestellte Strategie einem Kategorienmodell zur Beschreibung der Struktur der internationalen Staatenwelt zu. | 12 VP |
| 3. | Erläutern Sie ausgehend von M 4 Probleme nationaler Alleingänge in der internationalen Politik. | 14 VP |
| 4. | Bewerten Sie eine mögliche Alternative zu nationalen Alleingängen in der internationalen Politik. | 18 VP |
| | | <hr/> |
| | | 60 VP |

Materialien:

M 1 Grundgesetz

M 2 a) Die Top 5 globalen Risiken

Aus: Weltwirtschaftsforum, [www.weforum.org/...](http://www.weforum.org/)

	2016	2017	2018
1.	Unfreiwillige Migration	Extreme Wetterereignisse	Extreme Wetterereignisse
2.	Extreme Wetterereignisse	Unfreiwillige Migration	Naturkatastrophen
3.	Fortschreitender Klimawandel	Große Naturkatastrophen	Cyberattacken
4.	Zwischenstaatliche Konflikte	Terroranschläge	Massiver Datendiebstahl
5.	Große Naturkatastrophen	Massiver Datendiebstahl	Scheitern von Klimaschutzbemühungen

☒ Technologisch ☐ Umweltpolitisch ☐ Gesellschaftlich ☐ Geopolitisch

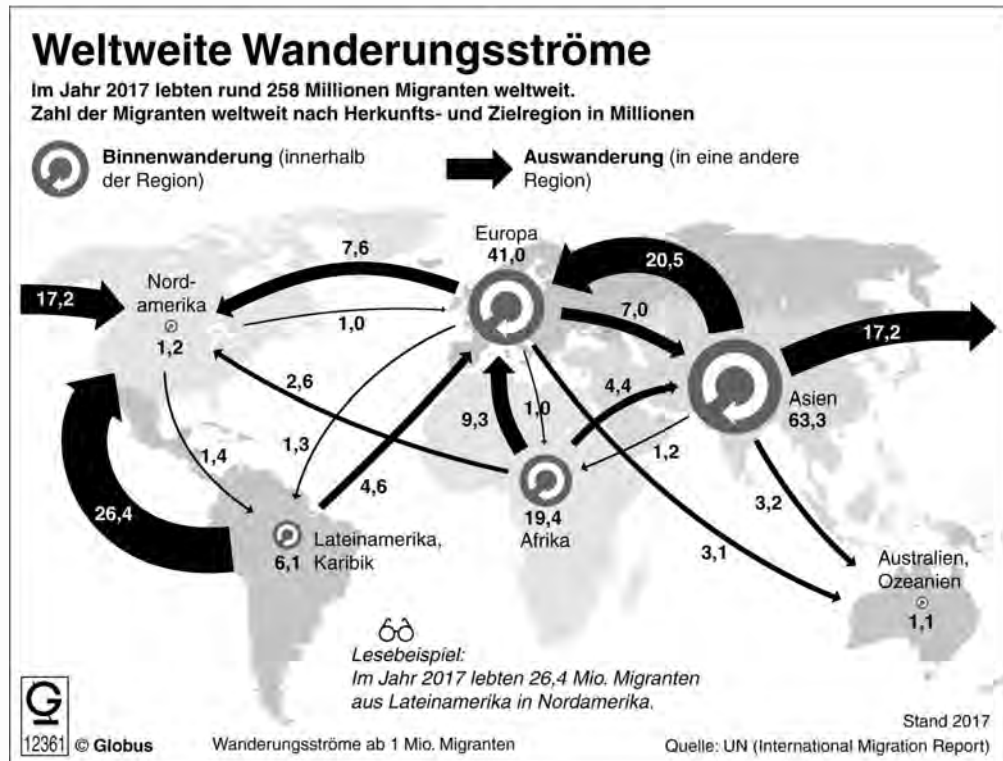
[Weltwirtschaftsforum ([www.weforum.org/...](http://www.weforum.org/) Stand: 10.10.2018, bearbeitet)]

M 2 b) Globaler Klima-Risiko-Index



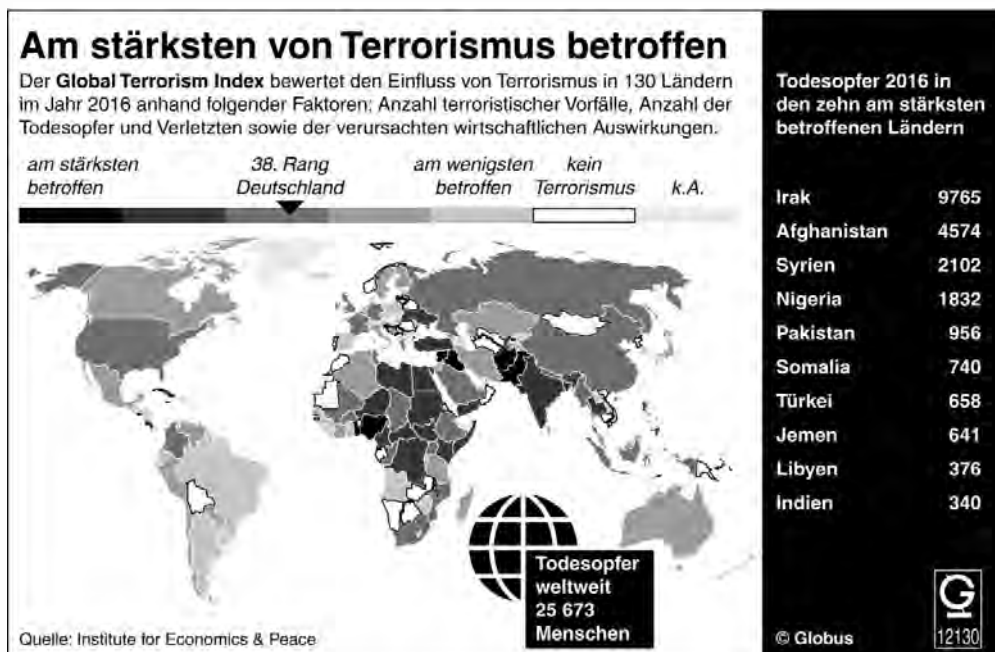
[portal.picture-alliance.com/... Stand: 10.10.2018]

M 2 c) Weltweite Wanderungsströme



[portal.picture-alliance.com/... Stand: letzter Zugriff 10.10.2018]

M 2 d) Global Terrorism Index



[portal.picture-alliance.com/... Stand: letzter Zugriff 10.10.2018]

M 3 Thomas Seibert, Amerikas neue Sicherheitspolitik: Die Trump-Doktrin

Die USA wollen künftig ihre nationalen Interessen in der internationalen Sicherheits- und Wirtschaftspolitik notfalls allein und ohne ihre traditionellen Partner durchsetzen. Das ist der Grundtenor einer neuen Sicherheitsstrategie, die Präsident Donald Trump an diesem Montag vorstellen will.

- 5 Zwar betont die Regierung die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit. Doch unterstreicht das 70-Seiten-Papier laut Medienberichten vor allem Trumps Motto „Amerika zuerst“. Die Thesen signalisieren eine Abkehr von der amerikanischen Politik der vergangenen Jahrzehnte und lassen neue Spannungen mit Verbündeten erwarten.

- In seinen ersten Monaten im Amt hatte Trump die Partner in Europa und in Asien mehrmals mit
10 Vorstößen und Äußerungen verstört, mit denen ein Politikwechsel hin zu Unilateralismus und wirtschaftspolitischem Protektionismus angedeutet wurde. Schon in seiner Antrittsrede hatte er das Thema des „Amerika zuerst“ betont.

- Von einer „transaktionalen Außenpolitik“ ist die Rede, bei der die USA einen konkreten Gegenwert für ein internationales Engagement erwarten. Trump verkündete den Ausstieg der USA aus dem
15 Pariser Klimavertrag und aus der UN-Kulturorganisation Unesco. Den Vertrag über die nordamerikanische Freihandelszone Nafta will er in Gesprächen mit Kanada und Mexiko zugunsten der Vereinigten Staaten neu verhandeln.

- Nun werden die populistisch gefärbten Thesen des Präsidenten in die Form einer Doktrin gegossen, die ein bisher geltendes, auf internationale Zusammenarbeit ausgerichtete
20 Strategiepapier von Barack Obama aus dem Jahr 2015 ablöst. Sollte Trump seine neuen Leitlinien konsequent umsetzen, wäre das ein Abschied von einigen Grundsätzen der amerikanischen Sicherheitspolitik, die seit dem Zweiten Weltkrieg gelten.

- Trump's Sicherheitsberater Herbert Raymond McMaster sagte bei einer Rede in Washington, die neue Strategie ruhe auf vier Säulen: Verteidigung des US-Territoriums, Schutz des US-
25 Wohlstandes, Erhalt des Friedens durch Stärke sowie Ausweitung des US-Einflusses in der Welt. [...] Die „Ferien“ der US-Sicherheitspolitik, die nach dem Ende des Kalten Krieges begonnen hätten, seien zu Ende. „Die Geopolitik ist zurück, und wie.“

- Nicht in allen Bereichen ist klar, welche konkreten Folgen das hat. Russland und China werden als potenzielle Störer der Weltordnung definiert, Länder wie Iran und Nordkorea als „Schurkenstaaten“.
30 [...]

Richard Haass, Chef der angesehenen Denkfabrik Council on Foreign Relations, äußerte im Gespräch mit der Nachrichten-Website Axios die Befürchtung, die Trump-Regierung könnte einen Handelskrieg mit Peking vom Zaun brechen.

- Wie Obamas Papier betont Trumps Doktrin zudem die Bedrohung durch den islamistischen
35 Extremismus und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Partnern, um diesen Gefahren zu begegnen. Bei der Zusammenarbeit müsse es aber Gegenleistungen geben, betonte McMaster. Konkrete Beispiele für diese Haltung unter Trump gibt es schon, zum Beispiel in Gestalt der Forderung nach höheren Verteidigungsausgaben der europäischen Nato-Partner.

- Trump sieht die internationale Politik als Konkurrenzkampf von Nationalstaaten, bei dem jeder versucht, das Beste für die jeweils eigene Seite herauszuschlagen. Das kann in bestimmten Situationen internationale Bündnisse attraktiv erscheinen lassen, in anderen aber ein unilaterales Vorgehen. Trumps Klage, Amerika sei bei vielen internationalen Vereinbarungen über den Tisch gezogen worden und müsse deshalb jetzt den entstandenen Schaden rückgängig machen, wird zum Prinzip der US-Politik.
- 45 Künftig, so heißt es laut Medienberichten in dem neuen Papier, sind die USA an Außenbeziehungen interessiert, bei denen es „fair“ zugeht und die Amerika einen Nutzen bringen. Internationale Vertragswerke gelten als potenziell nachteilig. Auch betrachtet Washington die Bekämpfung des Klimawandels, der in Obamas Papier vor zwei Jahren noch als „drängende Krise“ bezeichnet wurde, ab sofort nicht mehr als Priorität.

[Der Tagesspiegel vom 17.12.2017 (www.tagesspiegel.de/... Stand: 10.10.2018)]

M 4 Klaus Stuttmann, Diplomatisches Parkett



[www.stuttmann-karikaturen.de/... vom 28.05.2017. Stand: 10.10.2018)]